

Korovkin, Vladimir Ju.

Working Paper — Digitized Version

Marktwirtschaft in der Sowjetunion: Stand nach sechs Perestroika-Jahren

Kiel Working Paper, No. 471

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Korovkin, Vladimir Ju. (1991) : Marktwirtschaft in der Sowjetunion: Stand nach sechs Perestroika-Jahren, Kiel Working Paper, No. 471, Kiel Institute of World Economics (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/46720>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kieler Arbeitspapiere

Kiel Working Papers

Arbeitspapier Nr. 471

Marktwirtschaft in der Sowjetunion:
Stand nach sechs Perestroika-Jahren

von

Wladimir Korowkin

April 1991

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

The Kiel Institute of World Economics

ISSN 0342 - 0787

Institut für Weltwirtschaft
Forschungsabteilung I
Düsternbrooker Weg 120
2300 Kiel

Arbeitspapier Nr. 471

Marktwirtschaft in der Sowjetunion:
Stand nach sechs Perestroika-Jahren

von

Wladimir Korowkin

April 1991

AG 1885 / 91
Weltwirtschaft
Kiel

Für Inhalt und Verteilung der Kieler Arbeitspapiere ist der jeweilige Autor alleinverantwortlich, nicht das Institut. Da es sich um Manuskripte in einer vorläufigen Fassung handelt, wird gebeten, sich mit Anregungen und Kritik direkt an den Autor zu wenden und etwaige Zitate vorher mit ihm abzustimmen.

Marktwirtschaft in der Sowjetunion:

Stand nach sechs Perestroika-Jahren¹

Nach sechs Reformjahren unter Gorbatschow wurde nicht nur von der politischen Führung anerkannt, sondern auch von den Durchschnittsbürgern verstanden, daß die früher gehaßte kapitalistische Wirtschaft viel effektiver als das sozialistische Plansystem funktioniert. In diesen Jahren wurde dabei aber offiziell niemals von der vollständigen Übernahme der westlichen Wirtschaftsordnung gesprochen. Man hat versucht, immer weiter einen dritten Weg zu finden: bald war er ganz wenig von der Zentralverwaltungswirtschaft entfernt, bald waren wesentliche Gedanken von L. Erhard mit einbezogen. Das Ziel der Verknüpfung der Marktwirtschaft mit den sozialistischen (im Sinne von Marx und Lenin) Idealen bleibt aber heutzutage nicht nur in der kommunistischen Partei, sondern auch in den zentralen legislativen und exekutiven Gremien weiter bestehen.

Die vorläufige Bilanz der wirtschaftlichen Umgestaltung nach sechs Jahren sieht sehr schlecht aus. Zum ersten Mal in den Nachkriegsjahren sind die Wachstumsraten negativ geworden. Es wurden fast in allen Regionen die Bezugsscheine eingeführt. Die kurzfristigen Chancen sind auch pessimistisch zu beurteilen. Denken wir nur daran, daß folgende Meinung landesweit verbreitet ist: die Krise sei auf den Übergang zur Marktwirtschaft, nicht aber auf die gravierende Verzögerung bei ihrer

¹ Der Autor dieses Beitrages, als Leiter der Forschungsgruppe "Europäische Integration" am Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen in Moskau tätig, hat 1990 im Rahmen des Forschungsstipendiums der Alexander von Humboldt-Stiftung sechs Monate am Institut für Weltwirtschaft in Kiel gearbeitet. Aus diesem Forschungsaufenthalt ist die eindeutige Überzeugung gewachsen, daß die konsequente Einführung der Marktwirtschaft ohne irgendwelche Vorbehalte der einzige Weg zur Überwindung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise in der Sowjetunion sein muß.

Der Verfasser dankt seinem Betreuer Hugo Dicke für wertvolle Anregungen.

Einführung zurückzuführen. Die Tiefe der Wirtschaftsreformen wird in den bevorstehenden Jahren in einzelnen Regionen der Sowjetunion sehr unterschiedlich sein, auch dann, wenn einzelne Republiken ihre Austrittsbestrebungen nicht durchsetzen werden und die UdSSR weiter als eine politische Einheit bestehen wird.

Im vorliegenden Beitrag wird in chronologischer Reihenfolge die wirtschaftliche Geschichte der Perestroika dargestellt und vom Standpunkt ihrer Annäherung an die bewährte Marktwirtschaft aus analysiert.

2. Verbesserung der Planwirtschaft

2.a Beschleunigung

Die neue politische Führung, die im April 1985 zum ersten Mal über die Notwendigkeit der Umgestaltung sprach, verstand darunter nichts anderes, als die Beschleunigung des Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft. Der Gedanke war klar: etwas muß geändert werden, wenn es seit einigen Jahren einen nur sehr geringen Zuwachs des Nationaleinkommens gibt. Die Grundlagen des wirtschaftspolitischen Systems und die sozialistischen Prinzipien sollen aber unberührt bleiben. Selbst das Wort "Perestroika" bedeutet in russischer Sprache nur den Umbau des bereits errichteten Gehäuses.

Das erste wirtschaftliche Konzept, das unter Gorbatschow vorgelegt wurde, war dementsprechend ein Beschleunigungskonzept, das zunächst die schüchternen Reformvorschläge aus dem Jahre 1979 umfaßte und weiterentwickelte. In der bekannten ZK- und Regierungsverordnung von 1979 wurden folgende Grundgedanken der "Vervollkommnung der entwickelten sozialistischen Planwirtschaft" vorgelegt:

1. Verstärkung der Rolle der Fünfjahrespläne als Hauptform der Zentralverwaltungswirtschaft;
2. Anknüpfung der direkten langfristigen Kontakte zwischen den Produktionseinheiten unter der Kontrolle des staatlichen Versorgungskomitees (Gossnab);
3. Effektivitätszuwachs der neuen produktiven Kapitalinvestitionen;
4. Weiterverstärkung der sozialistischen Rechnungsführung.¹

Die Mitglieder des neuen Ministerrates, die früher überwiegend Direktoren der Großbetriebe waren, hatten klare Ansichten, wie die Wachstumsraten zu beschleunigen sind: man solle mehr Finanzressourcen für Investitionen ausgeben. Zwar wurden die Investitionen gesteigert, es gelang aber nicht, ihre Struktur zugunsten des Maschinenbaus zu verändern, wobei sich der Anteil der für die Modernisierung vorgesehenen Mittel eher verringert hat. Der Traum von Gorbatschow - die Arbeitsproduktivität im Maschinenbau in zwei bis drei Jahren um 40 vH zu steigern und bis zu 70 vH aller Erzeugnisse in fünf Jahren auf das Weltniveau zu bringen - konnte somit nicht erfüllt werden.²

Noch schlimmer war es aber, daß diese zusätzlichen Investitionen überhaupt nicht benutzt werden konnten. Betrag der vorausgeschätzte Gesamtumfang aller im Industriebereich angefangenen, aber nicht vollendeten Bauvorhaben im Jahre 1985 700 Mrd. Rubel, so stieg er zwei Jahre später um 50 vH. 1986 bis 1988 wurde der Bau von 24.600 Industrieobjekten vorläufig eingestellt; es wurde dabei aber mit der Errichtung anderer 146.600 Betriebe angefangen.

¹ "Über die Planverbesserung und die Einflußverstärkung des Wirtschaftsmechanismus auf den Effektivitätszuwachs und die Arbeitsqualität", Der Kommunist, N 12, 1979.

² Materialien des XXVII. Parteitages der KPdSU, Moskau, 1986.

Die Beschleunigung war nur im Rahmen des administrativen Befehlssystems möglich, was schon von Anfang an im gravierenden Widerspruch zum anderen angekündigten Ziel stand, nämlich strukturelle Umgestaltung durch neue Motivationsmechanismen. Zwar sind die Wachstumsraten der Produktion und des Nationaleinkommens 1986 mehr als geplant gestiegen (Verbesserung der Disziplin als einzige kurzfristige positive Folge der Anti-alkoholkampagne), die Tendenz wurde aber in den nächsten Jahren rückläufig. Das widersprach eindeutig den Aufgaben des Fünfjahresplans, in dem eine von Jahr zu Jahr größere Beschleunigung der Wachstumsraten im Vordergrund stand (siehe Tabelle).

2.b Sozialistische Betriebsselbständigkeit

In zwei Jahren ist das Beschleunigungskonzept vollkommen gescheitert. Im Gegensatz zum Reformversuch von 1965 gab es dieses Mal überhaupt keine positiven Impulse, die eine, wenn nicht von sich selbst, dann wenigstens von oben gesteuerte Schubkraft für eine mittelfristig effektivere Wirtschaftsentwicklung bilden könnten. 1987 wurde für die politische Spitze klar, daß jede Wirtschaftsreform mit den alten Verwaltungsstrukturen in Konflikt gerät. Man sprach aber nicht von einer marktwirtschaftlichen Alternative, sondern nur von einem dritten Weg.

Das zweite Perestroika-Konzept sollte somit alte Planmechanismen mit neuer Unabhängigkeit der Betriebe versöhnen. Das Hauptgesetz dieser Zeit, das nach Gedanken der Befürworter des zweiten Reformanlaufs die sowjetische Wirtschaft vorantreiben sollte, wurde als "Gesetz über Staatsbetriebe" bezeichnet. Sein Titel bewies, daß von anderen Eigentumsformen außer Staatseigentum überhaupt keine Rede war.

Diese ab 1. Januar 1988 in Kraft getretene Rechtsakte sah verhältnismäßig breite Möglichkeiten für Betriebs-selbstständigkeit vor. Die Apparatschiks, die am Steuer auch dieses Reformversuchs standen, wollten den wirtschaftlichen Aufschwung dadurch initiieren, daß sie den Unternehmen zusätzliche Rechte einräumten: man solle nicht wie früher das ganze Einkommen den Ministerien abgeben, sondern ein Teil des Gewinns könne man behalten.

Es begannen lange, fast rein theoretische Debatten, welches von zwei im Artikel 3 des Betriebsgesetzes dargestellten Modellen der sozialistischen wirtschaftlichen Rechnungsführung am besten dazu paßt.¹ Beim ersten Modell sind allein die Prämien der Arbeitnehmer vom wahren Betriebsgewinn abhängig; die Grundgehaltssumme ist auf jeden Fall vom Staat im vorgeschriebenen Umfang garantiert, auch dann, wenn das Unternehmen rote Zahlen schreibt. Im zweiten Fall wird der gesamte Entlohnungsfonds des jeweiligen Betriebes mit dem erwirtschafteten Profit verbunden; die Abgaben an die Zentrale sind aber geringer.

Ist das zweite Modell eher marktwirtschaftlich orientiert, so gibt es trotzdem in der sozialistischen Wirklichkeit zwischen beiden Herangehensweisen wenig Unterschiede. Denkt man nur daran, daß Warensortiment, Erwerbstätigenzahl, Preisobergrenzen fast unberührt weiter von der Zentrale bestimmt werden, die Überwindung der Versorgungsengpässe nur durch direkte Zuweisung der Ressourcen von Gosstab möglich ist (was implizit auf das erste Modell der Rechnungsführung hin orientiert ist), der Handel mit Produktionsmitteln erst nach drei bis fünf Jahren einzuführen ist.

Die erhöhte Selbstständigkeit der Betriebe trug freilich dazu bei, daß sie unter neuen Umständen nur auf die lukrativen Aufträge eingingen, die ungünstigen jedoch ablehnten. Da aber

¹ "Gesetz über den staatlichen Betrieb (Vereinigung)", Prawda, 7. Juli 1987.

die Monopolstrukturen unberührt blieben - 1987 betrug der Anteil der Monopolproduktion im Maschinenbau 80 vH¹ - und die Preisreform erneut nicht akzeptiert wurde, führte die selbständigere Entschlußfassung der Betriebe zum Auftreten der Zerfallerscheinungen bei den bestehenden Produktionsketten. Im Gegensatz zur normalen Marktwirtschaft ist das Gewinnstreben in einer sozialistischen Planwirtschaft gegen die effektive sachliche Arbeitsteilung gerichtet. Die von der Regierung eingeführten obligatorischen Staatsaufträge, deren Anteil von Jahr zu Jahr zwischen 85 vH und 55 vH schwankt, konnten die Situation nicht mehr retten.

Als zweites Gesetz, das unter damaligen Umständen in der Tat von revolutionären Charakter war, ist das "Gesetz über Kooperativen (Genossenschaften)" zu nennen. Die öffentliche Meinung war aber 1988 für einen so radikalen Schritt bei weitem nicht vorbereitet, konnten die Sowjetbürger doch aus der offiziellen Propaganda jahrzehntelang entnehmen, daß die alleinstehenden Arbeiter und Bauern die letzten Überreste der gehaßten kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind.

Die Gehälter der Genossenschaftler waren vom Anfang an höher als die der Arbeitnehmer bei den staatlichen Betrieben. Unabhängig davon, daß die Erwerbstätigen der Kooperativen nur einen kleinen Teil der gesamten Arbeitskräfte in der Sowjetunion bildeten (1988 unter 1 vH), wollte man das auf allen Ebenen nicht akzeptieren. Es wurde den Kooperativen die Hauptschuld für die schlechter gewordene Versorgung zugeschoben: sie hätten für ihre Produktionszwecke alle Waren in billigen staatlichen Geschäften ausverkauft. Die Statistik zeigt aber, daß sich 1988 nur 6,5 vH aller Kooperativen mit der Ankaufs- oder unmittelbaren Verkaufstätigkeit beschäftigt haben.

¹ Nach Angaben der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des 500-Tage Programms wurden 1988 über 2000 wichtige Produkte im Gesamtumfang von 11 Mrd. Rubel nur von einem einzelnen Produzenten in der Sowjetunion hergestellt ("Übergang zum Markt. Konzept und Programm", Moskau, 1990).

Die Belegschaft der staatlichen Produktionseinheiten, die laut dem Betriebsgesetz größere Mitbestimmungsrechte an sich gezogen hat, hat darauf gedrängt, die in der Entlohnung entstandene Lücke nachzuholen. Die freien Mittel der Betriebsfonds, die sich 1986 - 1988 verachtfacht hatten, wurden im großen Umfang für den nicht verdienten Gehälterzuwachs ausgegeben. Das rasche Wachstum der freien Geldressourcen der Betriebe hat aber nicht den Übergang zur restriktiven Geldpolitik des Staates veranlaßt. Die Ausgaben stiegen weiter, um immer neue Kapitalinvestitionen decken zu können. Auf der Einnahmeseite sind neue Lücken wegen der Antialkoholkampagne (10 Mrd. Rubel jährlich) und des Rückfalls der Erdölpreise auf dem Weltmarkt (22 Mrd. Rubel jährlich) entstanden. Die Emissionstätigkeit der von der Regierung vollkommen abhängigen Staatsbank hat sich enorm beschleunigt.

Anfang 1989 haben die Sowjetbürger zum ersten Mal eine wesentliche Verschlechterung der Versorgungslage neben der schnell sinkenden Kaufkraft des Rubels gespürt. Von den 211 wichtigsten Lebensmittelarten konnte man in Großstädten im zweiten Halbjahr 1988 mindestens 33 problemlos kaufen¹, im ersten Halbjahr 1989 nur 19 (zum Jahresende 1990 nur noch 3). Es ist endlich für die Regierung klar geworden, daß die selbständige wirtschaftliche Rechnungsführung allein keinesfalls den Interessiertheitszuwachs der Unternehmen an Qualität und Quantität ihrer Erzeugnisse bedeutet, daß die Kompetenzübergabe auf die Betriebsebene ohne entsprechende gesetzliche Absicherung und grundlegende Systemänderung zur Verschärfung der Wirtschaftsprobleme beiträgt. Um die Fehler zu korrigieren, war die restriktive Finanzpolitik dringend notwendig; umso mehr, da zum ersten Mal das Haushaltsdefizit angekündigt wurde, das überraschenderweise über 100 Mrd. Rubel (22 vH der Haushaltseinnahmen oder 10 vH des BIP) betrug.

¹ Berichte des Allunionsinstituts für Forschung der Bevölkerungsnachfrage und Handelskonjunktur, Moskau, laufende Vierteljahreshefte.

Auch die politische Führung hat trotz ihrer Abneigung verstanden, daß ihre Bestrebungen gescheitert sind, das Leben der Leute zu verbessern, indem man versucht, die bereits bestehende sozialistische Gesellschaftsordnung zu behalten. Perestroika sei mehr, als nur die Vervollkommnung des vorhandenen Systems. Die kostbare Zeit ist leider noch einmal verlorengegangen, was auf die ersten im März 1989 stattgefundenen demokratischen Wahlen zurückzuführen ist. Die Abgeordneten plädierten für einen raschen Zuwachs der sozialen Ausgaben in allen möglichen Bereichen, egal sei es Erhöhung der Studentenstipendien oder des Kindergeldes, Hilfe für Rentner oder für Opfer der Tschernobyl-Katastrophe. Die noch nicht gedruckten Banknoten wurden für zahlreiche Programme verteilt. Auf der anderen Seite haben viele Abgeordneten des neuen Parlaments ganz offen über die tiefe Krise der sozialistischen Gesellschaftsordnung gesprochen und den Übergang zum westlichen System gefordert.

3. Der Weg zwischen Marx und Markt

3.a. Sozialistische Marktwirtschaft

Die im Sommer 1989 neugewählte Regierung (übrigens mit dem alten Ministerpräsidenten N. Ryshkow an der Spitze) hat sich als Ziel den planmäßigen Übergang zu einer sozialistischen Marktwirtschaft gesetzt. Dieses dritte Perestroika-Wirtschaftskonzept wurde im Dezember 1989 mit knapper Mehrheit im Parlament verabschiedet. Drei seiner besonders wichtigen Merkmale waren meines Wissens folgende: Einführung der Marktwirtschaft durch die Stärkung der alten direktiven Methoden; Verabschiedung einer Reihe wichtiger, aber kaum konsequenter Rahmengesetze, Beibehaltung des bestehenden Niveaus der ökonomisch nicht begründeten sozialen Absicherung.¹

¹ "Effektivität, Konsolidierung, Reform - Weg zur gesunden Wirtschaft", Vortrag von N.I. Ryshkow auf dem zweiten Kongress der Volksdeputierten. Prawda, 14. Dezember 1989.

Für 1990-1992 wurde das Notprogramm mit den aus früheren Zeiten bekannten Plankennziffern und Staatsaufgaben erklärt. Zwar wurde die Preisreform sowie die des Kreditwesens angekündigt, sie sollten aber erst später durchgeführt werden. Bis dahin können die Betriebe auch weiter für ihre Kreditanleihen bei den Banken 0,5 - 2% Zinsen bezahlen, was bei Inflationsraten, die 1989 zwischen 6 vH und 16 vH lagen¹, kaum zu vernünftiger Anwendung der erworbenen Mittel führt (da die große Mehrheit der Preise in der Sowjetunion vom Staat geregelt wird, ist es recht schwierig, die Inflationsraten genau einzuschätzen, die nicht in Preissteigerungen, sondern darin zum Ausdruck kommen, daß immer mehr Waren aus den Geschäften verschwinden). Laut Regierungsprogramm wollte man die Reform der Einzelhandelspreise erst nach einer Volksabstimmung durchführen (hat jemals in der Geschichte der Menschheit irgendein Volk die Preissteigerung unterstützt?).

Die Durchsetzung des Regierungsprogramms sah eine aktive legislative Tätigkeit der Abgeordneten des Unionsparlamentes vor. Über 60 Gesetze wurden 1990 insgesamt gebilligt, von denen ein wesentlicher Teil auf die Schaffung des gesetzlichen Rahmens der Wirtschaftsreform gerichtet war. Zum ersten Mal in der Geschichte der Sowjetunion wurde der rechtlichen Grundlage Vorrang gegeben.

Schon im ersten Halbjahr 1990 wurden solche wichtigen Rechtsakte verabschiedet wie Eigentumsgesetz, Bodengesetz, Pachtengesetz, Steuergesetze u.a. Der positive Beitrag dieser Gesetze ist nicht zu unterschätzen. Es sind über zehn gleichberechtigte Eigentumsformen zugelassen; die örtlichen Sowjets, nicht aber die Apparatschiks oder die Zentrale, wurden für die Bodenverpachtung zuständig gemacht; eine gleiche Besteuerung des gleichen Ertrags einschließlich einer einheitlichen Gewinnsteuer war vorgesehen.

¹ Schätzungen der Reformökonom O. Bogomolow, N. Petrakow, W. Seljunin sowie des Verfassers.

Viel auffälliger ist aber, daß die Gesetze halbherzig sind. In allen sind Ausnahmeregelungen und Klauseln vorgesehen, die ihre Bedeutung wesentlich reduzieren. Außerdem haben die meisten von ihnen einen deklarativen Charakter und können in konkreter Wirtschaftssituationen kaum verwendet werden. Im Eigentumsgesetz wurde kein Privateigentum zugelassen. Laut Artikel 3 des Bodengesetzes "gehört der Boden den Völkern, die auf diesem Boden leben" (gibt es dabei einen Unterschied zum alten Herangehen an den Boden als Staatseigentum?), und bleibt weiterhin kein An- und Verkaufsgut.

Was die Einführung der einheitlichen Steuerregelung ab 1991 anbelangt, so wurde die Gewinnsteuerrate vom Unionsparlament auf 45 vH festgesetzt. Das ist weniger, als der ursprüngliche Regierungsvorschlag (60 vH), aber doch mehr (zu viel), um genügend Anreize beim Übergang zu einem neuen Wirtschaftssystem zu schaffen. Wenn die Rentabilität von Industriebetrieben das Doppelte des Durchschnittsniveaus der entsprechender Branche übersteigt, so beträgt die Besteuerung des zusätzlichen Profits sogar 90 vH. Für die kommerziellen und kooperativen Banken sowie für die Versicherungsgesellschaften liegt die Steuer bei 55 vH.

Man hat versucht, die "für eine sozialistische Marktwirtschaft überschüssigen Freiheiten" der 1988 in Kraft getretenen "Gesetze über Staatsbetrieb und Kooperative" durch neue dem Geiste des Notprogramms entsprechende und vom Obersten Sowjet der UdSSR genehmigte Rechtsakte zu verringern. Es handelte sich dabei um Maßnahmen, die ganz eindeutig den administrativen Verbotscharakter trugen. Um das Lohnwachstum der Belegschaft der Staatsbetriebe zu verlangsamen, war es ab Oktober 1989 vorgesehen, daß unabhängig von den Arbeitsleistungen der jährliche Zuwachs der Gehälter die 3%-Marke nicht übersteigen darf. Sonst wird eine hohe Steuer auferlegt. Mit wenigen Änderungen wurde diese Regelung durch den Regierungsbeschluß vom Dezember 1990 auf die Jahre 1991 - 1992 verlängert.

Die Weichen auf dem Wege der Kooperativen sind auch in Richtung Sackgasse gestellt worden. Man hat versucht, "das Problem der hohen, nicht verdienten Einkommen der Genossenschaftler" durch traditionelle Eingriffe zu lösen. Noch im Herbst 1989 wurde der Rahmen für An- und Verkaufstätigkeit der Kooperativen ganz erheblich begrenzt. Im neuen vom Unionsparlament im Juni 1990 genehmigten "Gesetz über die Veränderung des Genossenschaftsgesetzes" sind unter anderem die Beschränkungen bei der Ausübung zahlreicher Tätigkeiten, Notwendigkeiten der Lizenzbeantragung usw. eingeführt.

Worauf war diese nicht auf die Vorteile eines vollständigen Marktes orientierte Politik des Ministerrates und eine so "weiche" Position der Abgeordneten zurückzuführen? Das ist mit der über Jahrzehnte hinweg entwickelten Weltanschauung verbunden, die soziale Gleichheit sei ein Hauptmerkmal des Sozialismus. Jeder muß im gleichen Umfang versorgt werden, egal ob man gut oder schlecht arbeitet. Aus welchen Quellen kann man aber ca. 20 Mill. Arbeitnehmer (Ende 1989) absichern, die Produkte herstellen, die nachher nie benutzt werden können? Muß man in der Tat etwa 50 Mill. unter dem Existenzminimum lebende Sowjetbürger sozial schützen, wenn viele von ihnen ein nicht berücksichtigtes Einkommen aus der Schattenwirtschaft beziehen? In dieser breit interpretierten Schattenwirtschaft wird 20 vH des BIP produziert und waren Mitte 1990 ca. 2 Mrd. US-Dollar vorhanden (bei der Schwarzmarktumrechnung beträgt das ein Drittel des gesamten Rubelbarumlaufts).¹

¹ Laut Schätzungen des damaligen Finanzministers der RSFSR B. Fjodorow. Meines Erachtens ist höchstens die Hälfte davon als Eigentum der Sowjetbürger im Inland vorhanden. Wesentlich größere Beträge haben sie auf ihren Konten im Ausland, die aber nicht in die Sowjetunion transferiert werden und deshalb nur einen begrenzten Einfluß auf ihre Wirtschaft ausüben.

Die Marktwirtschaft sollte laut Ryshkow sozialistisch sein. Die zusätzlichen Ausgaben für soziale Unterstützung im Umfang von fast 100 Mrd. Rubel im Jahr 1990 wurden von den Abgeordneten unterstützt, die keinesfalls ihr Image vor den Wählern verschlechtern lassen wollen. Sie sind in manchen Fällen noch weiter als die Regierung gegangen. So wurde z. B. die dreifache Steigerung der unwahrscheinlich niedrigen Brotpreise (2 Pfennig für 1 Kilo bei der Berechnung auf der Basis der Schwarzmarktpreise) ab 1. Juli 1990 abgelehnt. Man wollte unter anderem mindestens 70 vH der Erlöse von der 200 Mrd. großen Steigerung der Verbrauchspreise an die Bevölkerung in Form von Kompensationen zurückzahlen. Diese Preiserhöhung war der Kernpunkt des überarbeiteten Regierungsprogramms, das von Ryshkow im Mai 1990 im Obersten Sowjet der UdSSR unterbreitet wurde und als zweiter Anlauf des dritten Perestroika-Konzepts zu bezeichnen ist.

3.b. Geregelte Marktwirtschaft

Dieses teilweise neue Konzept des Umbaus der sozialistischen Wirtschaft wurde von Ryshkow mit dem Titel "geregelte Marktwirtschaft" versehen.¹ Unter einer umfassenden Preisreform, die als Eckpfeiler dieses Vorschlags zu bezeichnen ist, versteht der Ministerrat (übrigens auch der neue mit Herrn W. Pawlow an der Spitze) nicht die Befreiung der Preise vom Einfluß des Staates, sondern eine neue Festsetzung der alten administrativen Preise. Im Jahr 1991 sollen laut Ryshkows Vorschlag die staatlichen Preise immer noch 55 vH aller Preise, die regulierten, auf der Grundlage der administrativen Angaben, zusammengesetzten Preise 30 vH und die freien nur 15 vH aller Preise betragen.

¹ "Über die Wirtschaftslage des Landes und das Konzept des Übergangs zur geregelten Marktwirtschaft", Vortrag von N. I. Ryshkow auf der dritten Tagung des Obersten Sowjets. Prawda, 25. Mai 1990.

Die weiteren Schwerpunkte dieses Konzepts waren die Reform der Kreditpolitik sowie die Zuleitung von "noch mehr Rechten" an die Betriebe. Das erste wurde als administrative Erhöhung der Zinsen verstanden, die von der Anleihedauer allein abhängen (6 vH für ein Jahr, bis zu 11 vH ab fünf Jahren) und für alle Banken und Anleiher gleich sein sollen. Die Unabhängigkeit der Betriebe muß durch die Reduzierung des Staatsauftrages gewährleistet werden, der ab 1991 "nur" Waren für Verteidigungszwecke, Schul- und Gesundheitswesen, Exportlieferungen, unionsweite wissenschaftlich-technische Programme, Bildung staatlicher Reserven, Sicherung der Konsumgüter- und Lebensmittelversorgung sowie die Werkzeugmaschinen für ihre Produktion umfaßt.

Die Unterschiede zwischen sozialistischer und von einem sozialistischen Staat regulierter Marktwirtschaft sind nur schwer festzustellen. Es stellt sich natürlich die Frage, ob eine sozialistische Marktwirtschaft im Grunde genommen lebensfähig ist?

Die historische Erfahrung bestätigt, daß mindestens einmal in der Geschichte so ein System funktioniert hat. Es handelt sich um die sogenannte neue ökonomische Politik (NEP), die von Lenin 1921 nach seiner Anerkennung der Fehler der früheren Zentralverwaltungspolitik des Militärkommunismus eingeführt wurde. Die wichtigsten Merkmale einer Marktwirtschaft waren bei der NEP vorhanden. Das Privateigentum umfaßte ein Viertel der gesamten Industrieproduktion, zwei Drittel des Warenhandels und mindestens 9/10 der Landwirtschaft. Über 50 vH der Industriebetriebe waren Aktiengesellschaften, bei denen der Staat zwar den Hauptanteil hatte, sich aber nicht in ihre laufende Tätigkeit einmischte.

Der wahre Wettbewerb existierte nicht nur zwischen den Unternehmen der Industrie-, Landwirtschafts- und Handelsbereiche. Schon 1926 gab es über 60 unabhängige Banken, die einen harten Kampf um die Passiva führten. Die Preispolitik (mit

Ausnahme einiger weniger Grunderzeugnisse) war kein Staatsanliegen. Auch die Sozialpolitik entsprach nicht den heutigen "sozialistischen Vorstellungen". Im Jahre 1929 gab es 1,7 Millionen völlig Arbeitslose. Dabei spielte die Arbeitsmotivation im Gegensatz zum späteren kommando-administrativen System eine wichtige Rolle.¹

Die Ergebnisse dieser neuen ökonomischen Politik sind unumstritten. Der jährliche Zuwachs des Nationaleinkommens betrug 1921 - 1928 durchschnittlich 18 vH. In zwei Jahren wurde der Weg von der Hungersnot zum Überschuß der Getreideproduktion zurückgelegt. Die sowjetische Währung (Tscherwonez) war schon 1925 völlig konvertierbar und wurde auf dem Weltmarkt sehr begehrt.

Warum ist diese Politik trotz solcher erfolgreichen Prämissen Ende der zwanziger Jahre gescheitert? Das ist gerade darauf zurückzuführen, daß sie in ihrem Kern doch eine sozialistische Marktwirtschaft war und der Staat alle notwendigen Mittel hatte, um im Falle "der Ausbeutung der Arbeiterklasse" intervenieren zu können. Die politischen Ziele der herrschenden Arbeiter- und Bauernmacht hatten immer Vorrang vor den wahren wirtschaftlichen Erfolgen. Mit der Festsetzung "der gerechten Preise" angefangen, hat die damalige politische Führung die effektive Wirtschaft vollkommen vernichtet und den Übergang zu einem Zentralverwaltungssystem geleistet. Dieses Beispiel beweist meines Wissens, daß eine Marktwirtschaft, die sich sozialistisch nennt, nur als eine Zwischenlösung funktionieren kann. Danach muß sich der Übergang entweder zu einer normalen Marktwirtschaft westlicher Art oder aber zu einer diktatorischen Planwirtschaft vollziehen ...

¹ Diese Frage wurde im Buch von N. Schmeljow und W. Popow "Die Wende: wirtschaftliche Umgestaltung in der UdSSR", Moskau, 1989, ausführlich behandelt.

Die Vorlage des Regierungsprogramms, wie es im Mai 1990 zustande gekommen war, konnte die marode sowjetische Wirtschaft natürlich nicht retten. Die Hoffnungen vieler Wissenschaftler und Praktiker, der Präsidialrat könne die Politik der Schocktherapie einer neuen Regierung überlassen, waren nicht verwirklicht (es ist kein Wunder, daß dieses wenig entschlossene Gremium nach einem zehnmonatigem Bestehen im Dezember 1990 aufgelöst wurde).

Erstens wurde mit dem Programm des geregelten Marktes die für die grundlegende Wirtschaftsreform noch vorhandene Zeit vergeudet. Schon in den ersten vier Monaten 1990 waren die Zuwachsraten des Nationaleinkommens zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte ständig negativ (Rückfall um 1,7 vH), wobei die Geldeinnahmen der Bevölkerung um 13,4 vH stiegen. Zum Jahresende 1990 verfügten die Bürger über 380 Mrd. Rubel private Ersparnisse; mit ca. 60 vH davon waren sie bereit, sich augenblicklich auf den Markt zu stürzen, wenn dort etwas zu kaufen gewesen wäre.

Zweitens wurde das schlechte Programm so mittelmäßig vom damaligen Ministerpräsidenten Ryshkow präsentiert, das man den Eindruck gewann, der Übergang zu einer geregelten Marktwirtschaft bringe in absehbarer Zeit ausschließlich Nachteile (Preissteigerungen, Versorgungsverschlechterung, Arbeitslosigkeit). Der Vorschlag wurde gerade deshalb von den Parlamentsabgeordneten nicht unterstützt. Die Bevölkerung ihrerseits, bei der das Vertrauen zu der Regierung vollkommen erschöpft worden ist, hat darauf mit Hamsterkäufen der letzten noch vorhandenen Waren geantwortet. Seit Ende Mai 1990 begann die entscheidende Verschärfung der Versorgungsengpässe, was zum Jahresanfang 1991 die breiten Volksmassen an die Grenze der Hungersnot gebracht hat.

Drittens hat die Abschaffung alter Mechanismen ohne Durchsetzung einer glaubwürdigen Alternative den Übergang zu einer Tauschwirtschaft stark beschleunigt. Vielleicht ist sie genau

Tabelle - Wachstumsraten in der Sowjetunion,
(Änderungen zum Vorjahreszeitraum in vH)

	1986	1987	1988	1989	1990	1991 ^a
1. Fünfjahresplan						
Nationaleinkommen	3,8	4,0	4,1	4,2	4,3	-
Industrieproduktion	4,3	4,4	4,5	4,7	4,9	-
2. Offizielle Ergebnisse						
Nationaleinkommen ^{4,3}	2,3	3,4	2,2	-4,0	-2,0	
Industrieproduktion	5,1	3,9	3,4	1,7	-1,8	-
3. Unabhängige Schätzungen						
Nationaleinkommen	-	-	2,0	-1,0	-8,0	-20,0
a) geschätzt						

Quelle: "Staatlicher Plan der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der UdSSR", verschiedene Jahrgänge; Izwestijy, 23. November 1990; Ekonomik i Zizn, Dezember 1990 - Januar 1991; eigene Berechnungen.

die von der Regierung angestrebte Marktwirtschaft? Fast das Dreifache des Produktionswachstums wurde 1989 zur Aufstockung der Betriebslager benutzt. Ohne solche Vorräte, die als Tauschgut dienen, kann kaum ein Unternehmen funktionieren. Die Fehler der Regierung, die durch die Nationalitätenkonflikte verschärft worden sind, haben zum weiteren drastischen Abbruch der Produktionszusammenhänge beigetragen. Zum Jahresende 1990 wurde von den staatlichen Betrieben nur 55 vH der nach dem Jahresplan 1991 vorgesehenen zwischenbetrieblichen

Verträge abgeschlossen, auf deren Grundlage die Lieferungen ablaufen sollen.

3.c. Erste Merkmale des wahren Marktes

Es sei aber erwähnt, daß trotz vieler kaum marktorientierter Schritte die wahren marktwirtschaftlichen Verhältnisse sich zu konstituieren anfangen. Man muß sogar sagen, daß die Regierungs- und Parlamentsbeschlüsse eher zu diesem einzigen Vorstoß in eine vernünftige Richtung des Jahres 1990 beigetragen haben, indem sie die Subjekte des sowjetischen Wirtschaftssystems gezwungen haben, von unten, selbständig eine neue Stellung zu finden. Die Unvollständigkeit der rechtlichen Grundlage hat freilich den Prozess erschwert und dazu geführt, daß dieser schmerzhaft eingeführte Markt die Merkmale jenes aus dem XIX. Jahrhundert hat und sich mit großer Vergeudung der Ressourcen entwickelt. Das Herangehen der legislativen und exekutiven Macht kann es beschleunigen oder verlangsamen, aber keinesfalls anhalten.

Beschleunigt wurde der Prozeß auf der Unionsebene nur einmal im Laufe des Jahres 1990, als zwei Erlasse genehmigt wurden, die in Richtung Privateigentum gehen. Die Rede ist von den Regierungsbeschlüssen vom Sommer 1990. Der erste betrifft die Gründung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung sowie Aktiengesellschaften. Im zweiten sind die Rechte der sogenannten Kleinunternehmen dargestellt. Dadurch wurde der Rahmen für die Schaffung flexibler gewinnorientierter Unternehmen geschaffen. Bei den AG ist eine Reihe von Beschränkungen vorhanden (vorwiegend Belegschaftsaktien, üblicherweise der Staat als Eigentümer des Aktienhauptanteiles, geringe Steuerbegünstigungen, Schwierigkeiten für einzelne Zechen ehemaliger Großbetriebe bei ihrer Umwandlung in Kleinunternehmen der AG-Form).

Die Zulassung der Kleinunternehmen kommt der Einführung des normalen Privateigentums gleich, da dort die Arbeit als Tagelöhner unter Benutzung der Produktionsmittel des Inhabers erlaubt wird. Der weitere Durchbruch ist in Bezug auf die GmbH festzustellen. Es werden die Gesellschaften mit einem Satzungskapital von nur 10.000 Rubel registriert, was gute Chancen für die Vermittlungs- und Consultingunternehmen sowie für die konkurrenzfähigen Konsumgüterproduzenten ergibt.

War das der einzige positive Schritt des Jahres 1990 auf der Unionsebene, so ging das neugewählte Parlament Rußlands (RSFSR) diesen Weg weiter. Am Jahresende wurden die beiden oben erwähnten Beschlüsse durch andere marktorientierte Rechtsakte ergänzt. Die am 10. Dezember 1990 unterschriebene Verordnung für AG auf dem Territorium Rußlands ist viel liberaler als die entsprechende Unionsregelung. Dementsprechend darf eine AG nur von einer (nicht aber von mehreren mit erwünschter Beteiligung des Staatsunternehmens) juristischen oder physischen Person gegründet werden. Am 24./25. Dezember 1990 wurden vom Republikparlament zwei weitere Gesetze verabschiedet.¹ Zum ersten Mal seit über siebenzig Jahren wurde in einer Akte des primären Rechtes Privateigentum an Boden, Kapital und Produktionsmitteln gesichert. Jedes Privatunternehmen darf selbst über sein Produktionssortiment entscheiden und braucht im Gegensatz zum Unionseigentumsgesetz keine Lizenz bei der staatlichen Behörde zu beantragen.

Die marktwirtschaftliche Reform soll aber nicht aus einzelnen Maßnahmen bestehen, sondern einen komplexen Charakter haben. Ob die Marktwirtschaft in die Sowjetunion schnell oder langsam kommt, sollten deshalb die Unionsparlamentsabgeordneten entscheiden, indem sie das eine oder das andere von zwei im September vorgeschlagenen strategischen Projekten der weiteren Wirtschaftsentwicklung des Landes unterstützen mußten.

¹ Gesetze "Über Eigentum in der RSFSR" und "Über Unternehmen und unternehmerische Tätigkeit".

4. Kommt endlich die Marktwirtschaft in die Sowjetunion?

4.1. Erneutes, doch zum Markt näher liegendes Mischkonzept

Es wurde nach langen Debatten eine Mischung aus beiden Projekten verabschiedet. Dieses Mischkonzept kann ohne Zweifel als viertes Wirtschaftskonzept seit Anfang der Perestroika bezeichnet werden. Im Gegensatz zu den früheren Dokumenten handelte es sich in diesem vom Parlament im Oktober 1990 genehmigten Programm um die Einführung eines "einfachen" (nicht sozialistischen oder geregelten) Marktes. Leider heißt es wieder "Hauptrichtungen des Überganges ..." ¹ - der Name der aus der Zeit der alten Planwirtschaft für das ganze Volk zu sehr bekannt ist. In diesem Programm sind meines Erachtens folgende Schwerpunkte besonders wichtig:

Erstens geht man von der Zusammenarbeit zwischen Unionsrepubliken aus, die in ihrer Gesamtheit die Sowjetunion als eine Einheit bilden. Die Hauptentscheidungen (z.B. Kredit-, Devisen-, Preis-, Außenwirtschaftspolitik, Zuweisung der Steuerabgaben usw.) werden auch weiter von der Zentrale getroffen. Der ohne Schranken funktionierende Allunionsbinnenmarkt soll als Hauptsäule betrachtet werden. Die Durchsetzung dieses Leitsatzes ist mehr als fraglich, da mindestens drei baltische Staaten sowohl wirtschaftlich als auch politisch völlig unabhängig sein wollen (was nur mit Gewalt niedergeschlagen werden kann), die mit Abstand größte russische Unionsrepublik ein anderes Programm durchführt und souveräne Wirtschaftsentscheidungen ankündigt, Ukraine und Georgien nach eigener Währung verlangen.

Zweitens sind für die Übergangszeit harte Maßnahmen administrativer Art vorgesehen. Das betrifft insbesondere die

¹ "Hauptrichtungen der Stabilisierung der Volkswirtschaft und des Überganges zur Marktwirtschaft", Izwestija, 27. Oktober 1990.

Preispolitik (durch die Kompensation gesicherter Preise für Waren des täglichen Bedarfs und Vertragspreise für andere Güter). Es ist anzunehmen, daß diese Vertragspreise gleich in die Höhe springen, wenn parallel keine Immobilien auf den Markt kommen (Boden, Wohnungen usw.), die den gewaltigen Geldüberschuß abbauen könnten.¹ Um das nicht zuzulassen, hat die Unionsregierung die im März 1991 durchgeführte administrative Anhebung der Preise mit der obligatorischen Festsetzung ihrer erlaubten Höchstgrenze untrennbar gemacht. Die bestehenden zwischenbetrieblichen Verbindungen sollen 1991 aufrechterhalten werden. Für Verweigerungen werden die Betriebe bestraft: bis 50 vH des Wertes des nicht erfüllten Auftrages ist an den Staat auszuführen.²

Drittens soll die Finanzpolitik der Reformkern sein. Vor allem muß der Rubel in der Binnenwirtschaft kurzfristig hart und in absehbarer Zeit konvertierbar werden. Das Defizit des zentralen Haushaltes soll zum Jahresende 1991 2,5 - 3 vH des BIP betragen (1990 über 10 vH bei einer kumulativen Verschuldung von ca. 500 Mrd. Rubel). Das ist unseres Erachtens nur durch statistischen Betrug zu realisieren. Dabei ist zu erwähnen, daß viele Auszahlungen in die Kompetenz der Republikhaushalte übergeleitet werden und die von der Zentrale initiierte Geldemission kaum kontrollierbar bleibt (trotz der neuen Zuständigkeiten der Staatsbank laut Artikel 12 des Gesetzes vom 11. Dezember 1990). Die Ausgaben im Rüstungssektor und im sozialen Bereich nehmen 1991 überraschenderweise zu.

Viertens wird als wichtiger Hebel zur Einführung der Marktwirtschaft die Privatisierung herangezogen, für deren Durch-

¹ Nach unseren Schätzungen hat die Geldreform vom 23. Januar 1991 die vorhandene Bargeldmenge höchstens um 6 - 7 vH reduziert.

² Verordnung des Präsidenten vom 27.09.1990. "Über dringende Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaftsbeziehungen".

führung im Programm weder ein konkreter Zeitraum noch entsprechende Mechanismen vorgesehen sind. Unter Privatisierung versteht man laut "Hauptrichtungen" nicht den Übergang zum Privateigentum, sondern "einen breiten Wechsel der Eigentümer" (selbstverständlich mit führender Rolle staatlicher Betriebe). Die Bodenreform könne erst nach einer Volksabstimmung durchgeführt werden, wobei die Gorbatschow-Mannschaft eindeutig den Standpunkt vertritt, man dürfe nicht die Kolchosen und die Sowchosen auflösen.

Fünftens solle die sozial orientierte Regierungspolitik während des Übergangs zur Marktwirtschaft weiter im Vordergrund stehen. Die Sättigung des Marktes mit Verbrauchsgütern finden in einem halben Jahr, höchstens in einem Jahr statt (das kann man nur schwierig ohne Kommentar lassen). Für die Sicherstellung des Mindestgrades der Versorgung seien bis dahin die Bezugsscheine einzuführen (Moskau als letzte Großstadt hat sie ab 1. März eingeführt). Die bereits existierenden Gehälter der Arbeitnehmer der staatlichen Betriebe sollen als minimale Grenze betrachtet und im Grunde genommen indexiert werden. Ab 1991 sind einige Rechtsakte (vor allem Rentnergesetz) in Kraft getreten, die weiter auf die Verstärkung der sozialen Absicherung gerichtet sind. Sie kommen aber kaum mit dem Ziel der restriktiven Haushaltspolitik überein.

Das Ziel - die Marktwirtschaft - wurde endgültig anerkannt. Die Vorstellung, wie sie funktioniert, ist aber unvollständig. Die in den "Hauptrichtungen" angestrebte Marktwirtschaft unterscheidet sich wesentlich davon, was man im Westen soziale Marktwirtschaft nennt und sogar von dem schwedischen Modell. Ihr Funktionieren bedarf eines Mindestmaßes an Institutionen und Regelungen, nicht aber der Beibehaltung der wichtigen Einflußmechanismen bei der staatlichen Bürokratie, die mit den Zielen des makroökonomischen Effektivitätszuwachses in Konflikt steht. Die Krise wird sich bestimmt verschärfen, bevor man den geraden Weg zu einer bewährten Marktwirtschaft beschreitet. Nach den Schätzungen des Reformökonom

Bogomolow werden 1991 von den Sowjetbürgern um 25 vH weniger Waren und Dienstleistungen als 1990 konsumiert.

Es ist in der Sowjetunion in den letzten Monaten in Mode gekommen, auf allen Ebenen über die positive westliche Erfahrung zu sprechen. Zwei Themenbereiche stehen im Mittelpunkt: a) die wachsende Verknüpfung der westeuropäischen Volkswirtschaften im EG-Binnenmarkt sei ein eindeutiger Beweis dafür, daß das Weiterbestehen der Sowjetunion als eine politische Einheit die beste Garantie für den ökonomischen Aufschwung aller Mitgliedsrepubliken ist; b) die deutsche Erfahrung von 1948 bestätige, daß der radikale Währungsschnitt von sich allein Wirtschaftswunder schaffen kann.

Zum ersten Punkt muß man sagen, daß hier die politischen Ziele die Hauptrolle spielen, wobei der lange Weg der westeuropäischen Integration und ihre effektiv funktionierenden Marktmechanismen außer acht gelassen werden. Was die deutsche Nachkriegserfahrung anbelangt, so darf nicht vergessen werden, daß damals die Währungsreform parallel zu anderen Maßnahmen gelaufen ist, was heutzutage in der Sowjetunion nicht der Fall ist.¹ Die Preisreform vom Frühjahr 1991 sieht vor, daß zum Jahresende höchstens 30 vH aller Preise freigegeben werden; die Grenzsteuerbelastung der Unternehmen hat sich vom Juni 1990 bis Februar 1991 sogar verdoppelt (das ist insbesondere im Außenwirtschaftsbereich zu spüren, wo die rentablen exportorientierten Unternehmen ab Januar 1991 nur 10 bis 20 vH des Gewinns behalten können). Das schafft alles in allem wenig Anreize zum Beleben privatunternehmerischer Tätigkeit. Selbst die Währungsreform vom 23. Januar 1991 war bei weitem nicht konsequent genug. Nach Schätzungen der un-

¹ Selbst die gleichzeitige Verwendung des ganzen Bündels der Übergangsmaßnahmen garantiert keinesfalls einen schnellen und schmerzlosen Einstieg in die Marktwirtschaft. Vgl. dazu H. Schmieding, "Die ostdeutsche Wirtschaftskrise: Ursachen und Lösungsstrategien", Kieler Arbeitspapier 461, Januar 1991.

abhängigen Experten gab es in der entsprechenden Ministerratsverordnung mindestens sechs Löcher, die es Interessenten erlaubten, größere Beträge fast problemlos umzutauschen.

Die neuesten ökonomischen Verordnungen des Präsidenten, seitdem ihm im September die entsprechenden Zuständigkeiten zugewiesen worden sind, haben den harten Kampf ums Überleben für viele Marktsubjekte in der UdSSR wesentlich erschwert. Es sind vor allem die außenwirtschaftlichen Verordnungen vom Oktober und November zu nennen. Dementsprechend müssen die Betriebe ab 1991 den Hauptanteil ihrer Devisenerträge an den Staat "verkaufen" und dabei 1,8 Rubel für 1 US-Dollar akzeptieren (auf dem Schwarzmarkt kostet er 25 Rubel).¹ Die zahlreichen Devisenkoeffizienten, die von der Verarbeitungsstufe und der Devisenstabilität des Bestimmungslandes bei den Exportlieferungen der sowjetischen Betriebe abhingen und als Grundlage für die Umrechnung ihrer Devisenerlöse galten, sind abgeschafft.

Diese Gleichstellung aller Unternehmen könnte man höchst positiv beurteilen, wäre der Umtauschkurs nicht von der Zentrale, sondern durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Sonst bedeutet die neue Regelung, daß die Betriebe, die früher durch Exporte qualitativ hochwertiger Güter begünstigt wurden, jetzt weniger Ausfuhranreize haben und andere, vorher benachteiligte Unternehmen, die nicht konkurrenzfähige Waren herstellen, auch weiter ausfuhrunfähig bleiben und kaum profitieren können.

Man will mit allen Mitteln aus der wegen Unvollständigkeit der Reformen entstandenen Verschuldung ohne Imageverluste

¹ Verordnungen des Präsidenten vom 26.10.1990 "Über die Einführung des kommerziellen Rubelumtauschkurses und die Maßnahmen zur Gründung des Allunionsdevisenmarktes" und vom 2.11.90 "Über die besondere Regelung der Verwendung der Devisenressourcen im Jahr 1991".

davonlaufen. Allein 1991 müssen nämlich von der sowjetischen Seite an die westlichen Partner über 10 Mrd. Dollar für Kreditbetreuung ausbezahlt werden. Mit den angekündigten Maßnahmen wird der Anteil des Staates am Devisenkuchen größer, der ganze Kuchen aber viel kleiner sein. Die vom vierten Kongress der Volksdeputierten genehmigte weitere Verstärkung der Präsidialmacht wirkt im Hinblick auf die konsequente Markteinführung laut Schätzungen verschiedener sowjetischer Wissenschaftler negativ.

Gibt es eine Alternative für den Zick-Zack-Weg zur Marktwirtschaft, den man von den "Hauptrichtungen" erwartet? Es sei schon oben erwähnt, daß sie als eine Mischung vom Regierungsvorschlag und dem von zwölf Wissenschaftlern vorbereiteten "500-Tage-Programm" verabschiedet wurden. Für die "Hauptrichtungen" wurde zwar mehr aus dem 500-Tage Programm als aus dem der Regierung entnommen. Die Reihenfolge der Maßnahmen und die Schwerpunkte sind aber anders gestellt, was genügt, um seine Ziele kaum erreichbar zu machen.

4.2. 500-Tage-Programm

Es lohnt sich, das 500-Tage-Programm als das erste marktwirtschaftliche Programm in der sowjetischen Geschichte aufmerksam zu studieren, wenn es jetzt auch leider nur eine theoretische Bedeutung hat. Es sind meines Wissens insbesondere folgende Unterschiede zu den "Hauptrichtungen" festzustellen¹:

Erstens soll nicht die Zentrale in Moskau, sondern einzelne Republiken die Reform durchführen und für ihre Folgen verantwortlich sein. Es sollen die Zentralbanken der Unionsrepubliken mit breiten Zuständigkeiten gegründet und in einem Fede-

¹ "Übergang zum Markt. Konzept und Programm", Moskau 1990.

ral Reserve System vereinigt werden. Die Unionsbehörden sollen nur für die Koordinierungsfunktionen zuständig sein. Dieser Ansatz wurde mehr oder weniger von allen Republiken anerkannt. Sogar mehr: in der russischen Unionsrepublik ist das 500-Tage-Programm ab November in Kraft getreten.

Zweitens müsse sich eine viel umfangreichere Privatisierung vollziehen. Mindestens 46.000 Industriebetriebe und 760.000 Handelsunternehmen seien bald zu privatisieren. Die Privatisierung der Industrieunternehmen bestehe darin, daß die ehemaligen staatlichen Betriebe in Aktiengesellschaften verwandelt und danach auf der Wettbewerbsgrundlage verkauft werden sollen. Bis Mitte 1991 solle freier Handel mit Produktionsmitteln eingeführt werden: die führende Rolle vom staatlichen Plankomitee (60 vH der ganzen Ressourcenverteilung) und Ministerien sei noch 1990 abzuschaffen. Die Enteignung und Umstrukturierung betreffe insbesondere den Militärssektor, der nach unserer Berechnung ca. 60 vH der Maschinenbauproduktion umfaßt.

Drittens solle die restriktive Kreditpolitik parallel zum schnellen Abbau des Geldüberschusses durch umfangreiche Privatisierung sowie des Haushaltsdefizites durch globale Verminderung der Ausgaben laufen. Schon 1991 könne der Staatshaushalt ausgeglichen sein. Dadurch soll der Rubel relativ schnell stabilisiert werden, was eine allmähliche Befreiung der Preise und ihre Bildung auf Angebot-Nachfrage-Basis möglich mache (bis Ende 1991 solle der Anteil der Marktpreise für Waren und Dienstleistungen 70 - 80 vH betragen).

Man muß aber eingestehen, daß schon Mitte September 1990, als die Debatten im Parlament begannen, das 500-Tage-Programm kaum realisierbar war. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Ryschkow-Regierung die landwirtschaftlichen Aufkaufpreise Ende Sommer aufgehoben hat, was eine wesentliche Beschleunigung der Inflationsraten verursacht hat. Die Preise auf den Kolchosmärkten, die ein wichtiges Zeugnis der gesamten Situation

sind, stiegen 1990 durchschnittlich um 100 vH. Die Geldeinnahmen der Bevölkerung sind um 19 vH gewachsen (ursprünglich waren von der Regierung höchstens 7 vH vorgesehen). Die Inflationsraten betragen 1990 laut der unabhängigen Wirtschaftszeitung "Kommersant" 23 - 25 vH.¹ Die Bestrebungen der Apparatschiks, die Durchführung des 500-Tage-Programms nicht zuzulassen, haben geklappt.

Zum Jahresende 1990 waren die Geschäfte überall völlig leer: man hat Zugang nur zu den Waren mit Vertragspreisen, die bis zu zehn Mal höher als sonst sind. Selbst die Bezugsscheine garantieren oft nur ein Schlangestehen. Die Umfragen haben dabei gezeigt, daß ein Durchschnittsmoskauer zu Hause die Vorräte für ca. 45 Tage hat (Brot und Milch werden nicht berücksichtigt). Es wäre zum lachen, wenn es nicht so traurig wäre, daß die Sowjetbürger bei einem mit Abstand größten Ernteertrag in der Geschichte so unsicher sein müssen, daß sie ihre Wohnungen in Lagerhäuser umbauen und auf westliche Hilfe angewiesen sind.

Das 500-Tage Programm ist natürlich viel besser, als die vom Parlament verabschiedeten "Haupttrichtungen". Aber auch das 500-Tage Programm ist für einen raschen Übergang zur "kapitalistischen Wirtschaft" nicht konsequent genug. Nennen wir zum Beispiel überflüssige soziale Absicherungsmaßnahmen.

Noch ein wichtiger Diskussionspunkt ist das Tempo der angestrebten Privatisierung, das im Programm nur wenig behandelt wurde. Der Buchwert des gesamten Staatseigentums wurde von den Autoren des Programms auf zwei Billionen Rubel geschätzt, wobei die Bevölkerung innerhalb von zwei bis drei Jahren höchstens 150 Mrd. Rubel für den Ankauf des staatlichen Pro-

¹ Experten nennen drei Inflationsmerkmale, die für die heutige Sowjetunion typisch sind: einfache Preissteigerungen, Wachstum der nicht mit Waren gedeckten Sparguthaben, Verschlechterung der Warenqualität ohne ihre Preisänderung (Kommersant, N 42, 1990).

duktionsvermögens ausgeben könnte. Die Privatisierung wird dementsprechend 15 bis 20 Jahre dauern. Schon im September 1990 haben einige Autoren des 500-Tage Programms anerkannt, daß sie die Bereitschaft der Bevölkerung, in den Privatisierungsprozess mit ihren Sparguthaben einzusteigen, eher überschätzt haben. Dabei seien meines Wissens zusätzlich Faktoren zu berücksichtigen wie Vertrauensverlust gegenüber Regierungsmaßnahmen jeder Art, Bestrebungen, eventuelle Immobilien, nicht aber Wertpapiere zu kaufen.

In den nächsten sechs Monaten hat sich aber diese Situation vollkommen verändert. Das letzte Vertrauen zu Sparkonten und Bargeld ist selbst bei den Leuten verschwunden, die den "kapitalistischen Wertpapieren" niemals getraut haben. Der außerordentlich erfolgreiche Aktienverkauf der Bankengesellschaft "Menatep", die Forderungen der Arbeitnehmer während Warnstreiks in den zwei größten PKW-Werken in Moskau und Toljatti im Januar/Februar 1991 usw. haben das eindeutig bewiesen. Es ist freilich schwer einzuschätzen, wie die administrative Preiserhöhung vom Frühjahr 1991 die Privatisierungsbereitschaft der Durchschnittsbürger beeinflussen wird. Die Tendenz ist jedoch eindeutig klar.

Das Problem des Privatisierungskonzeptes ist in den ersten Monaten 1991 noch stärker in den Vordergrund getreten, da von zwei verschiedenen Arbeitsgruppen unterschiedliche Entwürfe der Privatisierungsgesetze vorbereitet wurden (beziehungsweise für Debatten im Unionsparlament und in dem der russischen Republik). Die neue Unionsregierung ist dem Mischkonzept der "Hauptrichtungen" treu geblieben und versucht, folgendes Herangehen durchzusetzen: Privatisierung nicht aller, sondern nur ausgewählter Betriebe ohne ein allgemeines Betriebsverfassungsgesetz; vorzugsweise Arbeiterselbstverwaltung als erster Schritt bei der Übergabe des Staatseigentums; Verkauf der Aktienhauptanteile an die Belegschaft des Betriebes als ganzes (nicht aber an jeden einzelnen) oder an andere Unternehmen.

Eine andere Meinung wird von der Regierung der RSFSR vertreten.¹ Laut Artikel 5 ihres Entwurfes gehören zu den Käufern ausschließlich nicht-staatliche juristische und physische Personen. Der Hauptweg sei die offene Versteigerung der Betriebe. Einer der ursprünglichen Vorschläge - gleichmäßige Auszahlung der Verkaufserträge an die ganze Bevölkerung - wurde abgelehnt. Dieser Schritt wäre ein großer Fehler gewesen, da er keinesfalls das relative Interesse der möglichen Aktionäre erhöht, an die frühere gleichmäßige Zwangsverteilung des Wohlstandes unter den Bedingungen der Planwirtschaft erinnert und dabei auch kaum die Inflationsraten durch Reduzierung des Geldüberschusses verringern kann.

Um den Privatisierungsprozess zu beschleunigen, ist von der Seite der Republikregierung die kostenlose Verteilung eines Teiles des Aktienbestandes an alle Bürger Rußlands vorgesehen. Eine so breite Streuung der Eigentumsrechte unter Leute, die keine Ahnung von der Betriebsführung haben und kein Verantwortungsbewußtsein besitzen (indem sie einen persönlichen Finanzbeitrag nicht geleistet haben), entspricht kaum den Zielen der Privatisierung der sozialistischen Wirtschaft. Für ein ökonomisch vernünftiges Tempo der Privatisierung würde es schon ausreichen, wenn in der endgültigen Gesetzesfassung etwas größere Vergünstigungen für die Belegschaft der zu privatisierenden Betriebe angeboten würden (laut Artikel 25 des Entwurfs darf der Umfang der Belegschaftsaktien die 20 vH-Grenze ihres Gesamtvolumens beim entsprechenden Unternehmen nicht übersteigen, wobei die Vergünstigung selbst höchstens 30 vH beträgt).

Der künftige Markt soll sich auf die schon vorhandenen flexiblen Marktsubjekte stützen. Beschleunigt eine schnellere Privatisierung den Übergang zur neuen Wirtschaftsordnung, soll sie sich aber auf jeden Fall auf das Verkaufen, nicht

¹ Gesetzentwurf der RSFSR "Über den Erwerb von Bürgern und juristischen Personen der Objekte des staatlichen Eigentums (Privatisierungsgesetz)".

auf das Verschenken des staatlichen Produktionspotentials konzentrieren. Ohne ihre ersten Ergebnisse abzuwarten, war man nach unseren Beobachtungen schon im Herbst 1990 soweit, ins kalte Wasser mit freien Preisen und völlig unabhängigen Produzenten zu springen. Die erste Schicht dieser unter gleichberechtigten marktwirtschaftlichen Umständen konkurrenzfähigen Produzenten ist schon vorhanden: die bereits erwähnten GmbHs, Kooperativen und kommerzielle AG-Banken. Von den letzteren gab es im Herbst 1990 etwa 650, im Frühjahr 1991 schon über 1500. Außerordentlich erfolgreich funktionieren auch alle acht zum 1. Februar 1991 vorhandenen Warenbörsen.

4.3. Chancen der wirtschaftlichen Umgestaltung

Die Zeit ist leider verpaßt worden, und die Entwicklung ist in die entgegengesetzte Richtung gegangen. Gorbatschow und der neue Ministerpräsident Pawlow, von der Mehrheit der Unionsparlamentarier unterstützt, haben sich für die Stärkung der zentralen Lenkungsmechanismen entschieden. Die von vielen Radikalpolitikern 1990 angestrebte Koalitionsregierung in Moskau kommt nicht mehr in Frage. Die Hauptträger der angestrebten radikalen Umgestaltung sind die Regierungen einzelner Republiken geworden.

Die Russische Unionsrepublik mit B. Jelzin an der Spitze hat mit einem Bankenkrieg gegen die Ryshkow-Regierung im Sommer 1990 angefangen, hat diesen Kampf fortgesetzt, indem man die marktorientierten Maßnahmen aus dem 500-Tage Programm verwirklicht, eigene Steuer-, Banken- und AG-Gesetze genehmigt, die nicht begründeten Abgaben an den zentralen Haushalt ablehnt, dem widersprüchlichen Prinzip der 85 vH hohen Kompensation der gesamten Preiserhöhung an die Bevölkerung als Folge der administrativen Preisreform vom Frühjahr 1991 nicht zustimmt. Beträgt ab Januar 1991 die maximale Profitsteuer-rate laut Unionsgesetz 45 vH (für die AG und GmbH sogar

60 vH), so ist diese Grenze für alle Produzenten in der RSFSR auf 38 vH gesetzt.¹ Viel lockerer ist auch die AG- und GmbH-Regelung. Das Wichtigste besteht darin, daß seit 1991, wie schon oben erwähnt, in Rußland das Privateigentum auf Boden, Kapital und Produktionsmittel ohne Beschränkungen erlaubt ist, was dem Herangehen der zentralen Regierung widerspricht.

In den anderen Regionen ist es auch soweit. Lettland, Litauen, Estland sind tief in die Schocktherapie gesunken. Ukraine, Georgien sowie einige ehemalige autonome Republiken sprechen über eigene Wirtschaftswege. Selbst in Mittelasien haben Kasachstan, Usbekistan und Kirgisien spezifische Ziele ihrer Marktwirtschaft erklärt, die mit denen der Moskauer Führung nicht übereinstimmen.

Die Versuche Gorbatschows, die Sowjetunion als Ganzes zu retten, sehen ziemlich düster aus. Einerseits ist die Zeit schon verpaßt, und viele Republiken haben ihre politische Unabhängigkeit erklärt, was sie selbst unter dem Militärdruck keinesfalls widerrufen wollen. Andererseits ist der unter Federführung des Präsidialrat vorbereitete Unionsvertrag weit von den alltäglichen Bedürfnissen der Durchschnittsbürger entfernt und entspricht nicht ihren Hoffnungen.

Die Mehrheit der Bevölkerung ist mit dem heutigen Machtvakuum konfrontiert und sehnt sich nach den Verwaltungsstrukturen, die das Land aus der Asche wieder aufbauen können. Man denkt oft daran, daß die Marktmechanismen rasch und intensiv nicht auf einem demokratischen Weg eingeführt werden können (Beispiel Deutschland in der Nachkriegszeit). Vielleicht hat es Gorbatschow zu schnell gemacht, indem er in einem vom Tota-

¹ Der Unionsregierung ist nichts anderes geblieben, als in Anknüpfung an die Preisreform die Steuerrate auf 35vH zu reduzieren ("Über die Reform der Einzelhandelspreise und die Soziale Absicherung der Bevölkerung", Vortrag von W. Pawlow auf der fünften TAGung des Obersten Sowjets, Prawda, den 19. Februar 1991.

litarismus noch nicht erwachten Land zunächst die Demokratie und erst danach die Wirtschaftsumwandlung ansiedeln möchte.

Es wird nicht selten angenommen, daß die von Andropow 1982 angefangenen Maßnahmen, wenn sie später durch notwendige Marktelemente ergänzt worden wären, eher zu einem wirtschaftlichen Aufschwung hätten führen können. Der frühere Vize-Ministerpräsident L. Abalkin, der von Juni 1989 bis Dezember 1990 in der Regierung für die Wirtschaftsreform zuständig war, hat Anfang 1991 die Meinung geäußert, daß im Laufe des bevorstehenden Jahres die Wirtschaftslage nicht auf der Grundlage der verabschiedeten Gesetze stabilisiert werden solle, sondern vor allem die Krise dadurch zu überwinden sei, daß diese Gesetze für einen bestimmten Zeitabschnitt außer Kraft gesetzt werden müssen.

Die von Gorbatschow Ende 1990 veranlaßte Reform der Exekutivmacht, die Bildung der neuen Regierung haben das Ziel, das heutige Machtvakuum und die Wirtschaftskrise zu überwinden. Der neue Ministerpräsident Pawlow versteht in der Tat viel mehr vom Markt als sein Vorgänger. Er will aber dabei die führende Befehlsrolle spielen. Der Übergang zum Markt solle durch die administrative Steigerung der Preise und das Wachstum des Steuerdrucks gesichert werden. Heutzutage werden die sowjetischen Unternehmen mit neun Steuern aller möglichen Art belastet (kein Zufall, wenn man das 1990 veröffentlichte Buch von Herrn Pawlow über die Besteuerungsprobleme liest).

Die Anfang 1991 vom Unionszentrum angekündigten Maßnahmen sind aber bei weitem zu ungenügend, um aus der Sowjetunion einen einheitlichen Wirtschaftsraum zu bilden, und zu unvollständig, um einen schnellen und radikalen Schritt zur Marktwirtschaft westlicher Art zu machen. Ob es der einen oder der anderen Republik gelingt, in relativ kurzer Zeit eine von sich selbst gesteuerte Wirtschaft aufzubauen, hängt von den Fähigkeiten ihrer Regierungen und von der Unterstützung seitens entsprechender Nationalitäten ab.

¹ AiF, N 5, 1991.

Literaturverzeichnis

Bücher, Zeitschriften- und Zeitungsartikel

"Über die Planverbesserung und die Einflußverstärkung des Wirtschaftsmechanismus auf den Effektivitätszuwachs und die Arbeitsqualität", Der Kommunist, N 12, 1979.

Materialien des XXVII. Parteitages der KPdSU, Moskau, 1986.

Berichte des Allunionsinstituts für Forschung der Bevölkerungsnachfrage und Handelskonjunktur, Moskau, laufende Vierteljahreshefte.

"Effektivität, Konsolidierung, Reform - Weg zur gesunden Wirtschaft", Vortrag von N.I. Ryshkow auf dem zweiten Kongress der Volksdeputierten. Prawda, 14. Dezember 1989.

"Über die Wirtschaftslage des Landes und das Konzept des Übergangs zur geregelten Marktwirtschaft", Vortrag von N. I. Ryshkow auf der dritten Tagung des Obersten Sowjets. Prawda, 25. Mai 1990.

"Hauptrichtungen der Stabilisierung der Volkswirtschaft und des Überganges zur Marktwirtschaft", Izwestija, 27. Oktober 1990.

N. Schmeljow und W. Popow "Die Wende: wirtschaftliche Umgestaltung in der UdSSR", Moskau, 1989.

H. Schmieding, "Die ostdeutsche Wirtschaftskrise: Ursachen und Lösungsstrategien", Kieler Arbeitspapier 461, Januar 1991.

"Übergang zum Markt. Konzept und Programm", Moskau 1990.

AiF, N 5, 1991.

Gesetze und Verordnungen

Gesetzentwurf der RSFSR "Über den Erwerb von Bürgern und juristischen Personen der Objekte des staatlichen Eigentums (Privatisierungsgesetz)".

"Gesetz über den staatlichen Betrieb (Vereinigung)", Prawda, 7. Juli 1987.

Gesetze "Über Eigentum in der RSFSR" und "Über Unternehmen und unternehmerische Tätigkeit".

Verordnung des Präsidenten vom 27.09.1990. "Über dringende Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaftsbeziehungen".

Verordnungen des Präsidenten vom 26.10.1990 "Über die Einführung des kommerziellen Rubelumtauschkurses und die Maßnahmen zur Gründung des Allunionsdevisenmarktes" und vom 2.11.90 "Über die besondere Regelung der Verwendung der Devisenressourcen im Jahr 1991".